

PROTOKOLL

der 292. Sitzung des Grossen Gemeinderates

Datum	Dienstag, 19. Oktober 2004
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Christian Staub
Mitglieder	Andreas Aebi, Florian Aebi, Pia Aeschmann, Jolanda Beck, Rolf Berger, Verena Bettler Suter, Renate Beyeler, Ernst Bigler, Samuel Brüngger, Ernst Buff, Ruth Cadetg-Hafen, Rudolf Eggimann, Verena Flück, Urs Gantner, Marina Graham, Ralf Grubwinkler, Urs Grütter, Patricia Gubler-Geelhaar, Kathrin Heer, Barbara Künzi-Egli, Marc Loosli, Elisabeth Mallepell, Johannes Matyassy, Roland Meyer, Alois Müller, Franz Müller, Beatrice Pulver-Schober, Theres Roder, Christoph Schnyder, Daniela Schönenberger-König, Urs Siegenthaler, Barbara Stalder Ritschard (ab 19.55), Annemarie Stettler, Lee Streit, Hannes Treier, Ursula Wenger
Stimmzählerinnen	Jolanda Beck, Renate Beyeler
Vertreter des Gemeinderates	Hans-Rudolf Saxer, Gemeindepräsident Ursula Gutmann, Hans Haldimann, Susanne Leuenberger-Nussli, Kathrin Mangold, Kurt Steiner
Sekretärin	Karin Pulfer, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Beat Schmid, Finanzverwalter (Traktandum 3)
Entschuldigt abwesend	GGR: Martin Häusermann, Nadia Lützelschwab-Sturzenegger, Barbara Rigassi GR: Hans Aeschbacher, Thomas Hanke, David von Steiger
Protokoll	Nicole Roth, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte

12

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 24. August 2004	552
2	Genehmigung des Organisationsreglementes (OgR) für den Gemeindeverband über den Betrieb des regionalen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz Ostermündigen (RKZ)	553
3	Investitions- und Finanzplan 2004 – 2009 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2005	554
4 a)	Motion Grütter (SVP) betr. Aufhebung "Fonds für das Alter" (Konto 2033.06)	563
4 b)	Motion Aebi Florian / Stalder Ritschard (SP) betr. Änderung des Fonds für das Alter	563
5	Motion Matyassy (FDP) betr. Kreisel Feldstrasse/Sonnenweg/Tannackerstrasse	564
6	Motion Stalder Ritschard (SP) betr. Lautsprecheranlage im Muribad	565
7	Interpellation Gantner (FDP) / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betr. Handhabung der Kontaktpflege mit den Wirtschaftsunternehmen durch die Gemeindeverwaltung	567
8	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Beleuchtung Seidenberggässchen	567
9	Interpellation Loosli/Staub (SVP) betr. neue Linienführung des RBS-Bus Linie B im Melchenbühl	568
10	Einfache Anfrage Gantner (FDP) / Lützelschwab (jf) betr. Sicherheit	568
11	Neue parlamentarische Vorstösse	569

Der Präsident eröffnet die 292. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest.

Mitteilungen

Der Vorsitzende gratuliert Frau Nicole Roth noch einmal zur Vermählung und übergibt ihr einen Blumenstrauss. Die Gratulationen seien an der letzten Sitzung bereits erfolgt – jedoch ohne ihr Beisein.

Weiter dankt er der Feuerwehr Muri-Gümligen für die ihm und der Bevölkerung gebotene Möglichkeit, sie Ende August anlässlich einer Elementarübung mit dem Zivilschutz in Wangen an der Aare besuchen zu können. Er habe mit Freude feststellen können, dass die Gemeinde Muri eine kompetente, führungsstarke und sehr motivierte Feuerwehr habe. Er danke den Feuerwehrmitgliedern für ihren Einsatz zu Gunsten der Allgemeinheit.

Am 31. August 2004 sei das Pflegeheim in Gümligen eingeweiht worden. Er sei vom Resultat der Sanierung sehr beeindruckt gewesen. Ein gelungenes Werk, welches sowohl den Bedürfnissen der Heimbewohner wie auch dem Personal gerecht werde. Der zuständigen Gemeinde-

rätin, Susanne Leuenberger, danke er für ihre Anstrengungen und Bemühungen im Zusammenhang mit der Sanierung des Pflegeheimes.

Der Ausflug des Grossen Gemeinderates finde – wie schriftlich mitgeteilt – am Freitagnachmittag, 29. Oktober 2004 statt. Er mache diejenigen, welche sich noch nicht an- bzw. abgemeldet hätten darauf aufmerksam, dass die Rückmeldefrist am Freitag ablaufe.

Hans Haldimann erinnert an die im Juni zurückgezogene Botschaft betreffend die Kindertagesstätte Steinhübeli. Der Rückzug sei erfolgt, da der Regierungsrat des Kantons Bern damals kurzfristig ein Moratorium über die Lastenausgleichsberechtigung verfügt hätte. Zwischenzeitlich habe der Regierungsrat Gemeinden mit über 10'000 Einwohnern eine Verordnung zum Sozialhilfegesetz (u.a. über die soziale Integration von externen Kindertagesplätzen) zur Vernehmlassung unterbreitet. Man sei nun sehr gespannt auf die Auswertung der Rückmeldungen und das weitere Vorgehen des Regierungsrates. Seitens der Gemeinde würde als nächstes die zurückgezogene Botschaft der Verordnung angepasst und die Unterlagen anschliessend eingereicht. Daraufhin erwarte man im ersten Quartal des nächsten Jahres seitens des Kantons eine Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung, um allenfalls gegen einen abschlägigen Entscheid bezüglich Lastenausgleichsberechtigung Beschwerde führen zu können.

Daniela Schönenberger (Forum) führt aus, sie halte sich an die für persönliche Erklärungen empfohlenen 4 – 5 Sätze und danke für die - im Sommer vorangekündigten - Informationen seitens des Gemeinderates betreffend die Kita Steinhübeli. Wären in diesem Geschäft bisher alle Termine derart souverän eingehalten worden, hätte man vor einiger Zeit mit süssem Himbeersirup auf die Eröffnung der Kindertagesstätte Steinhübeli anstossen können und die Kinder hätten das Areal längstens in Beschlag genommen. Bestärkt durch die zahlreichen Reaktionen aus der Bevölkerung, welche ihnen nach der Sommersitzung zugetragen worden seien und ein tiefes Bedauern über den verzögerten Ablauf rund um die Kita zum Ausdruck gebracht hätten, möchte sie alle jene Ratskolleginnen und Ratskollegen aus den anderen Fraktionen, welche ihnen gegenüber ebenfalls die Unterstützung in diesem Geschäft zugesagt hätten, bitten, das Anliegen in ihren Parteien zu thematisieren und wohlwollend voranzutreiben. Es sei nicht mehr nur der Steuerfuss oder die Spez.-Sek., welche als Standortvorteil bezeichnet werden könnten, immer stärker würden Familien bei der Wohnortswahl die ausserfamiliären Betreuungsmöglichkeiten – insbesondere im Vorschulalter – gewichten, weil die Frauen nach einer langen Ausbildungszeit nicht mehr einfach bereit seien, den Beruf an den Nagel zu hängen bzw. andere Familien auf ein Zweiteinkommen angewiesen seien. Muri brauche eine zweite Kita, dies sei ein unbestrittenes Bedürfnis von einem grossen Teil der Bevölkerung mit Kindern in diesem Alter. Für eine zukunftsorientierte Gemeinde habe man daher am gleichen Strick zu ziehen!

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 24. August 2004

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Genehmigung des Organisationsreglementes (OgR) für den Gemeindeverband über den Betrieb des regionalen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz Ostermundigen (RKZ)**

Der Gemeinderat beantrage dem Parlament die Genehmigung des Organisationsreglementes und damit auch den Beitritt zum Gemeindeverband über den Betrieb des regionalen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz Ostermundigen (RKZ), führt Hans-Rudolf Saxer als gemeinderätlicher Sprecher aus.

Das regionale Kompetenzzentrum in Ostermundigen, welches der Ausbildung von Zivilschützern diene, bestehe schon seit Jahren und die Gemeinde Muri sei – wie 33 andere Gemeinden auch – aufgrund von älteren Verträgen an diesem Zentrum beteiligt. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) habe in den letzten Jahren festgestellt, dass dieses Zentrum und seine Beziehungen zu den Gemeinden rechtlich nicht genügend geregelt sei und es sich um ein „nicht verankertes Gebilde irgendwo im Raum“ handle. Aus den in der Botschaft aufgeführten Gründen habe sich die Trägerschaft des RKZ entschlossen, diesen Mangel mit der Bildung eines Gemeindeverbandes aus der Welt zu schaffen. In Zusammenarbeit mit dem AGR sei das vorliegende Organisationsreglement erarbeitet worden. Da in einem Gemeindeverband zwingend für alle Gemeinden das gleiche Organisationsreglement gelten müsse, könne die Gemeinde Muri, wie alle anderen Gemeinden auch, im vorliegenden Entwurf kein Komma ändern. Man könne nur entweder „JA“ oder „NEIN“ sagen. Eine Detailberatung des Geschäfts erübrige sich somit. Obschon das vorliegende Reglement aus Sicht der Gemeinde Muri einige Schönheitsfehler aufweise und es in Teilen anders lauten würde, wenn man das Reglement selbst erarbeitet hätte, beantrage der Gemeinderat aus Überzeugung und folgenden Gründen ein „JA“:

1. Es sei im Interesse einer qualitativ guten und betriebswirtschaftlich effizienten Ausbildung der Zivilschützer, wenn möglichst viele Gemeinden an einem gemeinsamen Ausbildungszentrum beteiligt seien.
2. Würde Muri dem Gemeindeverband nicht beitreten, verliere die Gemeinde ihren heutigen Anteil am Wert des bestehenden Zentrums.
3. Muri müsste ferner damit rechnen, dass im Falle eines Nichtbeitritts höhere Kosten pro Ausbildungsplatz bezahlt werden müssten. Da die Gemeinde keine eigenen Ausbildungsinfrastrukturen besitze, wäre man folglich auch als Nichtmitglied gezwungen, die Personen zur Ausbildung in das RKZ Ostermundigen zu schicken.
4. Zivilschutz sei eine Aufgabe, welche von den Gemeinden sinnvollerweise in Zukunft in regionaler Zusammenarbeit wahrgenommen werden sollte. Obwohl es heute nicht darum gehe, einen regionalen Zivilschutz zu beschliessen – die entsprechenden Projektarbeiten seien zwingend noch im Gange –, bilde das RKZ eine sinnvolle Infrastrukturgrundlage für eine mögliche und auch wahrscheinliche spätere Regionalisierung. Der heutige Beschluss präjudiziere den späteren Entscheid betreffend Regionalisierung nicht; die Gemeinde behalte die Handlungsfähigkeit. Es wäre jedoch ein falsches Signal, wenn sich die Gemeinde beim RKZ aus der Zusammenarbeit betreffend Infrastruktur verabschieden würde.

Aus all diesen Gründen beantrage der Gemeinderat, das Organisationsreglement zu genehmigen und dadurch dem Gemeindeverband beizutreten. Schlussendlich entscheiden würde das Volk am 27. Februar 2005.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die SP-Fraktion werde den Antrag des Gemeinderates – dem Gemeindeverband beizutreten – unterstützen, führt Christoph Schnyder aus. Ein Nichtbeitritt würde der Gemeinde finanzielle und organisatorische Nachteile bringen.

Die SP-Fraktion werde deshalb auch dem Organisationsreglement zustimmen, da dieses ja nur als Gesamtwerk genehmigt werden könne. Trotzdem möchte sie folgende zwei Bemerkungen anbringen:

- Einen Gemeindeverband erachte sie als schwerfällige Organisationsform und frage deshalb nach, ob dies die geeignetste Variante darstelle.
- Im ganzen Reglement hätte sie keine Angaben über die finanzielle Entschädigung der Vorstandsmitglieder gefunden und frage deshalb nach, wer für die Frage, ob und wie diese entschädigt würden, zuständig sei. Diese Frage sollte ihres Erachtens noch vor dem 01. Januar 2005 geklärt werden.

Hans-Rudolf Saxer verweist bezüglich der Frage 1 auf die vorliegende Botschaft. In dieser seien die wesentlichen Gründe des Entscheides für einen Gemeindeverband aufgeführt. Herr Schnyder habe absolut recht, der Gemeindeverband sei eigentlich mit seinen Organen und Zuständigkeiten ein schwerfälliges und kompliziertes Vehikel. Im Hinblick auf die mögliche Regionalisierung sei es aber trotzdem sinnvoll, das RKZ als Gemeindeverband und nicht als Aktiengesellschaft zu organisieren.

Die Höhe der finanziellen Entschädigung der Vorstandsmitglieder werde er abklären und die Antwort rechtzeitig nachliefern. Er vermute, dass höchstwahrscheinlich die Delegiertenversammlung oder der Vorstand zuständig seien. Er gehe aber davon aus, dass der Hintergedanke der Frage die Sicherstellung einer angemessenen Entschädigung sei. Diesbezüglich könne er darauf hinweisen, dass die Transparenz im Rahmen der Rechnungsgenehmigung sichergestellt sein würde. Er gehe nicht davon aus, dass unanständig hohe Entschädigungen geleistet würden.

Anwesend sind 36 Ratsmitglieder.

Beschluss

Zuhanden der Volksabstimmung werden durch den Grossen Gemeinderat einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

1. Das Organisationsreglement (OgR) für den Gemeindeverband über den Betrieb des regionalen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz Ostermündigen (RKZ) wird genehmigt.
2. Mit der Genehmigung des Organisationsreglements erfolgt der Beitritt in den Gemeindeverband über den Betrieb des regionalen Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz Ostermündigen (RKZ) per 01.01.2005.

3

Investitions- und Finanzplan 2004 - 2009 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2005

Für die Auskunftserteilung ist Beat Schmid, Finanzverwalter, anwesend.

Die GPK habe sich verhältnismässig lange mit dem Voranschlag 2005 beschäftigt, obwohl ein budgetierter Überschuss von mehr als 6 Mio. CHF an sich keine Diskussion auslösen sollte, führt Andreas Aebi aus.

Die GPK-Mitglieder hätten sich vertieft mit dem Investitionsplan, dem Finanzplan und – damit verbunden – mit der Auflösung des Fonds für das Alter auseinander gesetzt.

Dem Gemeinderat sei es gelungen, durch Priorisierungen im Investitionsplan das Volumen für 2005 und die folgenden Jahre beträchtlich zu reduzieren. Dies entspreche dem Willen des Parlamentes, welches in den Finanzdebatten respektive mittels Vorstössen eine Begrenzung der Investitionen mehrfach verlangt habe. Die GPK begrüsse diese Priorisierung der Investitionen und sei der Ansicht, dass es sich dabei um ein gutes Entscheidungsinstrument für den Gemeinderat handle. Positiv sei weiter zu werten, dass der Gemeinderat nicht nur ein einseitiges Streichkonzert durchgeführt, sondern auch neue Investitionen in den Plan aufgenommen habe.

Der zur Kenntnis zu nehmende Finanzplan für das Jahr 2005 werde im Wesentlichen durch die Aufhebung des Fonds für das Alter geprägt. Da die Aufhebung des Fonds nicht liquiditätswirksam sei, aber trotzdem Einfluss auf Finanzkennziffern wie beispielsweise den Selbstfinanzierungsgrad habe, würden die Zahlen nicht der eigentlichen Situation entsprechen. Die GPK sei mit dem Gemeinderat der Meinung, dass sich die Steueranlage 0,99 dank der verbesserten Eigenkapitaldeckung verantworten lasse, dass aber bezüglich Schuldenzunahme spätestens bei der Budgetierung für das Jahr 2006 die Weichen anders gestellt werden müssten. Mit der Auflösung des Fonds für das Alter erfülle der Gemeinderat ein Anliegen, welches die GPK bereits in den letzten Jahren geäußert habe. Dass der Gemeinderat gleichzeitig zweckgebunden einen Beitrag zurückbehalte, erachte sie als richtig.

Auch die vom Gemeinderat beantragten 2,5% für Besoldungsanpassungen erachte die GPK in dieser Höhe als richtig. Man könne davon ausgehen, dass die 2,5% nicht voll ausgeschöpft würden.

Hier könne er sich eine persönliche Bemerkung doch nicht verkneifen. Im Wesentlichen beinhalte der Antrag des Gemeinderates folgende Aussage: 1% für individuelle Lohnerhöhungen, voller Teuerungsausgleich für das ganze Personal. Diese, seiner meiner Meinung nach klarere – aber in der Vergangenheit verpönte Aussage – würde die Transparenz verbessern.

Der Voranschlag 2005 habe bezüglich der Gebührenerhöhungen zu diskutieren gegeben. Die Gebührenerhöhungen im Abwasserbereich würden in die Kompetenz des Gemeinderates fallen. Während die Mehrheit der GPK-Mitglieder auch die Erhöhung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe befürworte, gebe eine Minderheit zu bedenken, dass damit die Belastung der Steuerpflichtigen durch Gebühren laufend ansteige. Besonders störend sei die Tatsache, dass damit nicht nur die Feuerwehrrechnung ausgeglichen, sondern darüber hinaus ein weiteres „Kässeli“ gespiesen würde.

Die GPK beantrage dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Der Gemeinderat könne dem Parlament einen erfreulichen Voranschlag 2005 zur Beschlussfassung unterbreiten, welcher einen Ertragsüberschuss von 6,1 Mio. CHF vorsehe, hält Hans-Rudolf Saxer fest. Dies führe im Ergebnis dazu, dass die Gemeinde Muri per Ende 2005 über ein Eigenkapital von 15,2 Mio. CHF verfügen würde, welches rund 4,5 Steuerzehnteln entspreche.

An dieser Stelle sei selbstverständlich nicht zu verschweigen, dass dieses sehr komfortable Ergebnis nur dank der Auflösung des Fonds für das Alter zustande käme. Auf diesen Punkt komme er später noch zurück.

Man habe sich bemüht, eine ausführliche Botschaft zu verfassen. Er beschränke sich daher vorerst auf Feststellungen zu einigen zentralen Punkten.

Investitionsplan: Der Auftrag des Grossen Gemeinderates vom Oktober 2003 sei erfüllt worden. Der Gemeinderat, wie auch die Verwaltung und die Kommissionen hätten sich intensiv mit den Investitionen beschäftigt. Man habe zum Ziel gehabt,

sämtliche Investitionen im Rahmen eines systematischen und transparenten Prozesses konsequent priorisieren zu können. Durch das gewählte Verfahren habe man sichergestellt, dass sich jede/r Antragsteller/in bewusst mit der Frage der Priorität der jeweiligen Investition auseinandersetzen musste.

Die Effekte dieses Prozesses hätten sich auf verschiedenen Ebenen ausgewirkt; einzelne Investitionen seien gestrichen, gekürzt bzw. zeitlich hinausgeschoben und neue Investitionen bewilligt worden. Dazu verweise er auf folgende Beispiele:

Investitionsstreichungen:

- Umgestaltung Füllerichstrasse, CHF 500'000.00; der erzielbare Nutzen habe in einem schlechten Verhältnis zur Investition gestanden.
- Zusammenlegung Spielwiese und Holzschnitzelplatz, CHF 370'000.00; auch hier habe der erzielbare Nutzen in einem schlechten Verhältnis zur erforderlichen Investition gestanden; man habe erkannt, dass selbst durch eine solche Zusammenlegung kein vernünftiger Platz geschaffen werden könnte.

Investitionskürzungen:

- Informatik (Erneuerung Server), von CHF 300'000.00 auf CHF 230'000.00; man habe nicht zu Lasten der Sicherheit gekürzt, sondern sich auf das Notwendige und Unabdingbare beschränkt.
- Trottoir Dorfstrasse, von CHF 350'000.00 auf CHF 100'000.00; der Gemeinderat habe die günstigere Variante (Verbindung zum Sägeweg) gewählt.

Neuinvestitionen bzw. Aufstockung:

- Kindertagesstätte, von CHF 770'000.00 auf CHF 1'070'000.00; würde die Kita Steinhübeli realisiert, sei dies der optimale Zeitpunkt, die Kita Meisenweg zu sanieren. Dies, da während der Sanierung am Meisenweg die Kinder in der Kita Steinhübeli untergebracht werden könnten. Die Eröffnung der Kita Steinhübeli würde in diesem Fall mit etwas Verzögerung stattfinden.
- Zusammenlegung Alters- und Pflegeheim, neu CHF 160'000.00 für die Anpassung der Kücheninfrastruktur und CHF 400'000.00 Dotationskapital für die Startphase der Anstalt.

Die Beweggründe für die Auflösung des Fonds für das Alter – das zweite „pièce de resistance“ dieses Geschäftes – würden auf den Seiten 4 + 5 der Botschaft im Detail beschrieben, insbesondere auch die Entstehung dieses Fonds vor 77 Jahren. Diese Lösung sei heute eindeutig überholt. Es gelte nun, diesen alten Zopf abzuschneiden. Die heutige Regelung sei nämlich rechtlich nicht haltbar und von der Sache her nicht sinnvoll. Die Bindung ordentlicher Steuereinnahmen in Form von Spezialfinanzierungen sei insbesondere auch aus der Sicht des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) sehr heikel und unvorteilhaft, da sie den Handlungsspielraum einer Gemeinde unnötig einenge. Weiter sei es keine transparente Regelung und erschwere insbesondere auch die Vergleichbarkeit der Rechnung mit anderen Gemeinden. Nebst der GPK habe auch die Revisionsstelle die heutige Regelung beanstandet. Durch die Auflösung könnten all diese Nachteile auf einen Schlag eliminiert werden. Gleichzeitig würden diese Steuereinnahmen den Steuerzahlern wieder zurückgegeben, indem heute auf eine allfällige Steuererhöhung verzichtet werden könne.

Gestützt auf diese Berechnungen beantrage der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat heute Abend auch, die eingereichte Motion Grütter anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben. Die zweite in diesem Zusammenhang eingereichte Motion – die Motion Aebi / Stalder Ritschard – beantrage der Gemeinderat in ein Postulat umzuwandeln und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben. Dies, da der Gemeinderat den Fonds für das Alter zwar aufheben, gleichzeitig aber einen Anteil von CHF 200'000.00 zurückbehalten wolle. Man sei der Ansicht, dass mit diesem Anteil künftig kleinere, nicht lastenausgleichsberechtigte Ausgaben im Altersbereich abgedeckt werden können. Grössere Ausgaben in diesem Bereich seien regelmässig lastenausgleichsberechtigt und die Gemeinde müsse diese

Ausgaben über den ordentlichen Finanzhaushalt finanzieren, ansonsten sie die Ausgaben nicht dem Lastenausgleich zuführen könne.

Der Gemeinderat beantrage eine Erhöhung der Feuerwehropflichtersatzabgabe von 1,9% auf 3% des Kantonssteuerbetrages, höchstens aber auf CHF 400.00 pro Jahr.

Es ändere nur die Art der Finanzierung, nicht aber die Höhe der Ausgaben.

Durch diesen Paradigmawechsel würde kein Rappen zusätzlich ausgegeben.

Bis anhin bestehe eine Mischfinanzierung zwischen dem Steuerhaushalt einerseits und Ersatzabgaben andererseits. Mit dem neuen Modell könnten sämtliche Ausgaben der Feuerwehr über die Feuerwehropflichtersatzabgabe finanziert werden. Der Gemeinderat sei zum Schluss gekommen, dass dies sinnvoll sei, da die Feuerwehr bekanntlich der einzige NPM-Betrieb in der Gemeinde sei.

Vor diesem Hintergrund und zwecks vollständiger Finanzierung der Feuerwehrreserven über die Ersatzabgaben werde diese Lösung vorgeschlagen.

Wichtig sei auch, dass bei Investitionen trotz des Finanzierungswechsels auch künftig die ordentlichen Finanzkompetenzen gelten würden. Beispielsweise müsste der Ersatz des TLF nach wie vor durch den Grossen Gemeinderat beschlossen werden, wenn dieser Kosten von über CHF 250'000.00 verursachen würde.

Unter Ausklammerung der Sonderpositionen belaufe sich die Steigerung des Sachaufwandes auf nur 0,2%.

Im Finanzplan sei abgebildet, was bis ins Jahr 2009 passiere, wenn sich in der Aufwand- und in der Ertragsseite gegenüber dem heutigen Wissensstand nichts Wesentliches verändere:

- Anstieg Verschuldung auf 60 Mio. CHF
- Absinken des Eigenkapitals auf 2,5 Mio. CHF

Der Gemeinderat wolle nicht, dass diese Entwicklung eintreffe. Sollten sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, müsste im kommenden Jahr ernsthaft über eine Steuererhöhung diskutiert werden.

Eintreten wird nicht bestritten.

Renate Beyeler führt aus, die Forum-Fraktion habe sich vom neuen Instrument zur Priorisierung der Investitionen positiv beeindruckt lassen. Die Einteilung in vier Bedarfskategorien erscheine zweckmässig und schaffe Transparenz. Erfreulich sei auch, dass trotz der Schmälerungstendenz bei den Investitionen die für das Forum wichtigen Vorhaben in zufriedenstellendem Masse (örtlich und zeitlich) im Investitionsplan angemessen Platz gefunden hätten. Keinesfalls decke sich ihre Meinung jedoch mit der des Gemeinderates, dass – unter Würdigung der erforderlichen Sparsbemühungen – bei einem zunehmenden Verschuldungsgrad immer als erste Massnahme das Investitionsvolumen reduziert werden solle. Denn erstens gebe es dazu auch noch andere Massnahmen und zweitens habe die durch eine Motion der FDP verlangte Grenze des jährlichen Investitionsvolumens von netto rund 6 Mio. CHF bereits die Schmerzgrenze erreicht. Für das Jahr 2005 seien indes 4,7 Mio. CHF und für die Folgejahre gar nur je rund 3 Mio. CHF für Investitionen geplant.

Punkt 2: Der Finanzplan sei von der Forum-Fraktion analysiert, gedeutet und mit Unbehagen zur Kenntnis genommen worden. Die Begründung folge später. Aufschlussreiche Berechnungen mit mehreren Steuersätzen oder zumindest einem höheren Steuersatz, wie vor 2 Jahren noch üblich, hätte sie sehr begrüsst.

Punkt 3 gebe zu keinen Äusserungen Anlass.

Zu Punkt 4, Voranschlag: Das Budget erscheine der Forum-Fraktion wie gewohnt seriös und vernünftig erarbeitet worden zu sein. Mehrere konkrete Fragen dazu hätte sie, um die heutige Sitzung damit nicht unnötig zeitlich belasten zu müssen, direkt auf der Finanzverwaltung klären lassen können.

Einzig der Gemeindesteuersatz und die Erhöhung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe hätten zu grossen Diskussionen Anlass gegeben.

Die Forum-Fraktion komme nicht darum herum, nach zwei Jahren des zähneknirschenden Billigens eines unveränderten Steuersatzes, trotz der schon damals nicht sehr optimistischen Entwicklung der Gemeindefinanzen, wieder eine Erhöhung des Steuersatzes zu beantragen.

Den Steuerzahler möge man, wenn auch nicht vorsätzlich, täuschen können, und wahrscheinlich werde dieser sogar gerne getäuscht, um ja nicht mehr Steuern zahlen zu müssen. Aber als Parlamentarier/innen, welche ihre Aufgabe ernst nähmen und das Zustandekommen eines positiv ausfallenden Finanzplans für das Jahr 2005 sowie die schon fast groteske, negative Entwicklung in den kommenden Jahren genau analysieren würden, könne man dazu nicht einfach schweigen. Klar befinde man sich in einem Wahljahr, wo sich Steuererhöhungen bekanntlich sehr schlecht machen würden – aber die Frage sei, ob dies eine Beschönigung von Tatsachen bezüglich des Finanzhaushaltes der Gemeinde Muri rechtfertige. Natürlich komme die Auflösung des „Fonds für das Alter“ mit seinen 9 Mio. CHF Inhalt gerade recht. Aber rechtfertige dies, einen Fonds, der ursprünglich zu sozialen Zwecken gegründet worden sei, nach 77 Jahren dazu zu (miss-) brauchen, die laufende Rechnung des Jahres 05 mit Ach und Krach zurechtzubiegen?

Für Ähnliches habe im Budget 04 die Desinvestition Hargarten erhalten müssen. Und obwohl bald Ende Jahr sei, habe man den Hargarten noch nicht verkauft. Sie stelle erneut die Frage, ob das Verhökern eines der letzten Stücke des Tafelsilbers unter diesem Aspekt gerechtfertigt sei?

All diese Fragen könnten von ihr aus mit Ja beantwortet werden. Aber hoffentlich sei man sich auch bewusst, dass es sich dabei um nicht erneuerbare finanzielle Ressourcen handle, und sich im nächsten, im übernächsten und im überübernächsten Jahr kaum mehr solche Gelegenheiten bieten würden. Passe man nun den Steuersatz nicht moderat an, müsse später mit einem schmerzhaft höheren nachgedoppelt werden. Denn schon heute würden sich die 4 Vorgaben der Finanzpolitik des Gemeinderates kaum mehr bewahrheiten.

1. Dass das Eigenkapital nicht unter drei Steuerzehntel gefallen sei, verdanke man nur den eben genannten ausserordentlichen Massnahmen. Ohne Auflösung des Fonds für das Alter würden die Defizite der Jahre 2005 bis 2008 jedes Jahr mehr als 1 Steuerzehntel ausmachen und trotz Auflösung seien bereits ab 2006 Defizite geplant.
2. Wenn die Verschuldung gemäss Finanzpolitik nicht mehr als rund 40 Mio. CHF betragen sollte, im 2005 jedoch bereits 51 Mio. CHF – mit steigender Tendenz in den Folgejahren – ausmache, erstaune sie dies doch sehr. Plötzlich sei eine rund 25 % höhere Schuldengrenze kein Problem mehr. Mit Defiziten könnte diese jedenfalls nicht abgebaut werden.
3. Wie flexibel sei es, wenn trotz der immerzu bedrohlicher werdenden Entwicklung der Gemeindefinanzen der Steuersatz auf Biegen und Brechen nicht angepasst würde, nur um die heilige Kuh eines „Steuersatzes unter 1“ nicht zur Schlachtbank führen zu müssen. Gemäss Finanzplan würden der Gemeinde aber jährliche Einnahmen in der Höhe eines Steuerzehntels fehlen. Notabene: Firmen wie die Ascom würden die Gemeinde Muri – trotz ihres populären, in den letzten Jahren unveränderten Steuersatzes – verlassen, was wohl bedeuten dürfte, dass eine Gemeinde für die Wirtschaft noch andere Vorteile bieten könne und müsse, als nur einen möglichst tiefen Steuersatz.
4. Vor dem Hintergrund dieser bedenklichen Finanzlage sei Punkt 4, keine Steuern auf Vorrat erheben zu wollen, unverantwortlich, wenn nicht geradezu grotesk.

Der Trend zu einer noch höheren Verschuldung und einer noch schlechteren Finanzlage müsse jetzt gebrochen werden. Der ausserordentliche Gewinn durch

die Auflösung des Fonds für das Alter müsse als einmalige und nicht nachhaltige Massnahme deklariert und dem Stimmvolk entsprechend kommuniziert werden. Aus den eben aufgeführten Gründen beantrage die Forum-Fraktion zur Deckung des effektiven Defizits 2005 und der Defizite der Folgejahre heute eine moderate Erhöhung des Gemeindesteuersatzes um einen Steuerzehntel.

Sie könne es vorwegnehmen, die FDP/jf-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderates betreffend Investitionsplan, Finanzplan und Voranschlag 2005 ohne Änderungen zu, führt Barbara Künzi aus.

Zum Thema Investitionsplan möchte die Fraktion vorab dem Gemeinderat und auch der Finanzkommission für die gewaltige Arbeit danken. Bereits in früheren Jahren (sie könne auf die Protokolle vom Oktober 2002 und 2003 verweisen) habe die Fraktion immer wieder darauf hingewiesen, dass man das Investitionsvolumen senken müsse, wolle man den Steuersatz von 0.99 Einheiten beibehalten.

Am Horizont zeige sich zwar trotzdem eine (mögliche) Steuererhöhung – wenn keine Wunder passieren würden –, aber das primäre Ziel eines massiv herabgefahrenen Investitionsplanes sei erreicht. Dass sie dem neuen Investitionsplan Beifall klatschen sei nicht genug: für die FDP/jf-Fraktion sei es absolut wichtig, dass der Priorisierung bei den Investitionen und damit der Einhaltung des Planes auch nachgelebt werde. Dies erfordere nicht nur Disziplin im Gemeinderat, sondern auch im Parlament.

Die Fraktion habe ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass der Fonds für das Alter im Gesamtbetrag von ca. 9 Mio. CHF jetzt aufgelöst und als ausserordentlicher Ertrag der Rechnung 2005 gutgeschrieben würde. Dies entspreche parlamentarischen Forderungen und sei sachgerecht. Insbesondere fände sie es auch gut, dass ein kleiner Teil von CHF 200'000.00 einem Fonds zugeführt würde – für kleinere Ausgaben im Altersbereich, welche nicht der Lastenverteilung zugeführt werden könnten. In der gleichen Höhe bestehe noch ein anderer Fonds, der Ferienversorgungsfonds.

Geöffnet worden sei der Fonds für das Alter vom Steuerzahler, man gebe dem Steuerzahler dies jetzt zurück und das rein rechnerische Ergebnis des Voranschlags 05 lasse sich denn auch sehen. Ca. 6 Mio. CHF Ertragsüberschuss werde ausgewiesen, welcher wiederum dem Eigenkapital – welches auf ca. 15 Mio. CHF steige – zugeschrieben werde und somit für das Jahr 2005 sehr gut dotiert sei. Allerdings habe man damit die Verschuldung noch nicht im Griff, sie würde im Jahr 05 trotzdem auf 51 Mio. CHF steigen und explodiere, unter Annahme einer Steueranlage von 0.99 Einheiten und einem Realisierungsgrad von 85 % der Investitionen, im Jahre 2008 bereits auf 60 Mio. CHF. Die Fraktion könne sich zwar der Auffassung des Gemeinderates anschliessen, dass eine Verschuldung von 50 Millionen gerade noch akzeptabel sei, allerdings nur, wenn sich, wie in der Botschaft beschrieben, auf der Ausgaben- / und oder der Einnahmenseite etwas wesentlich verändere und das Zinsniveau auf einem tiefen Stand bleibe. Sie rufe diesbezüglich die letztjährigen Worte der Fraktionserklärung in Erinnerung, wonach die FDP/jf-Fraktion der Meinung gewesen sei, dass der Stand der Schuldengrenze von 1992 (40 – 45 Mio. CHF) indexiert heute rund 60 Mio. CHF betragen würde. Schulden von 60 Mio. CHF wären heute sicher nicht vertretbar, aber ein Schuldbestand von 50 Mio. CHF sei unter den vorliegenden Bedingungen gerade noch akzeptabel.

Es sei also nicht ausgestanden, man müsse weiterhin Sorge tragen zu den Murrigen Finanzen. Stichwort FILAG: auch hier stünden noch Erhöhungen in den Jahren 2006 ff an, über welche man heute noch nicht reden könne, die jedoch im Auge behalten werden müssten, da sie die künftigen Rechnungen belasten würden.

Dem Voranschlag 2005 stimme die FDP/jf-Fraktion ohne Abänderungen zu, das Wachstum des Sachaufwandes halte sich in annehmbaren Grenzen. Unschön sei allerdings die Erhöhung der Abwassergebühren.

Die Fraktion könne sich wie immer der Besoldungsanpassung von 2,5 % anschliessen, allerdings wie immer unter der Bedingung, dass der nicht ausgeschöpfte Rest mittels Kreditsperre blockiert werde. Zum Schluss danke sie nochmals namens der Fraktion für die Unterlagen.

Barbara Stalder Ritschard führt aus, die SP-Fraktion finde die vorgelegten Zahlen schönfärberisch. Man habe ein Kässeli gefunden und könne so ein eigentlich schlechtes Budget einigermaßen verantworten.

Die Steuern würden tief gehalten, dafür würden die Gebühren laufend – zum Teil massiv – erhöht. Da bleibe nichts mehr im Portmonee. Im Moment könne die SP-Fraktion mit einem Teil der Vorlagen leben, doch zwei Sachen müssten ihrer Ansicht nach ganz klar geändert werden:

1. Sie stelle den Antrag, dass im Fonds für das Alter CHF 500'000.00 verbleibe. Mit CHF 200'000.00 könne man praktisch nichts machen, schon allein ein Fahrzeug, mit welchem sich Personen im Rollstuhl leicht transportieren lassen würden, koste ca. CHF 100'000.00. Wichtige Anliegen der älteren Personen seien beispielsweise alternative Wohnformen, Mobilitätsförderung, etc. und da brauche es mehr als CHF 200'000.00 für eine Anstoss- oder eine Teilfinanzierung. Nur ab einer halben Million lohne es sich überhaupt, ein entsprechendes Reglement zu erstellen, sonst hebe man den Fonds besser ganz auf.
2. Die Erhöhung der Feuerwehrgeldersatzabgabe lehne sie ab. Wenn etwas allein über Gebühren finanziert werde, müssten auch alle, die davon profitieren, Gebühren bezahlen. Jetzt sei es aber so, dass die Feuerwehrgeldersatzabgabe von denjenigen Personen bezahlt würden, die sich durch diese Gelder von der Pflicht befreien liessen, bei der Feuerwehr mitzuarbeiten, einem Dienst an der Gemeinschaft, der nur von einer bestimmten Altersgruppe gefordert werde. Von der Feuerwehr würden aber alle profitieren und sie rücke hoffentlich auch aus, wenn es im Einfamilienhaus brenne, wo alle Bewohner schon 53 Jahre alt seien, und auch, wenn juristische Personen ihre Dienste beanspruchen würden. Daher sei es auch zwingend, dass ein Teil der anfallenden Kosten der Feuerwehr aus allgemeinen Steuergeldern finanziert würde. Es könne nicht angehen, dass nur die 19- bis 52-jährigen, die nicht bei der Feuerwehr mitarbeiten, die Feuerwehr ganz allein bezahlen müssten. Hier werde wieder ein neues Kässeli geöffnet, obschon man dies angeblich nicht mehr wolle. Die Ausgaben der Feuerwehr seien für die SP-Fraktion unbestritten, doch mit den geplanten Investitionen würden sich auch nötige Anschaffungen für die Feuerwehr über die allgemeinen Steuern finanzieren lassen.

Zu 1. Mit dem Investitionsplan für die Jahre 2004-2009 sei die Fraktion einverstanden. Es freue sie, dass die Kindertagesstätte Steinhübeli darin enthalten sei.

Zu 2. Den Finanzplan nehme sie so zur Kenntnis, auch wenn die Zahlen schlecht seien und die Verschuldung immer weiter ansteige.

Zu 3. Das Bereitstellen der nötigen Mittel für die Besoldungsanpassungen würde sie sehr gut finden.

Zu 4. Dass die Gemeinde-, die Liegenschafts- und die Hundesteuer für das nächste Jahr unverändert bleiben, finde sie im Moment in Ordnung. Die Gemeinde könne aber nicht weiterhin ihr "Eingemachtes" verbrauchen – sprich Land verkaufen oder Fonds auflösen – und die Verschuldung weiter ansteigen lassen. Die SP-Fraktion sei der Meinung, dass in den nächsten Jahren dieser Trend gebrochen werden müsse.

Die SVP-Fraktion werde den Anträgen des Gemeinderates zustimmen, führt Urs Grütter aus. Sie habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass nun endlich morgen und nicht erst übermorgen gespart werden solle, so wie sie dies seit

2001 immer wieder verlangt habe. Man sehe dem Finanzplan auch an, dass dies bitternötig sei, da man bei den Eckwerten nicht mehr dort sei, wo man gerne bleiben würde. Er wolle dies nun nicht rechtfertigen mit Indexierung etc., es sei aber richtig, dass die heutige Zinssituation für den Eckwert der Verschuldung eine andere Bedeutung habe als die Zinssituation von 1992. Nichtsdestotrotz sei die Zinssituation nicht in Beton gegossen, deshalb werde die SVP-Fraktion auch weiter versuchen, die noch verbleibenden Handlungsspielräume so auszunützen, dass bei den Investitionen und Ausgaben ein Mass eingehalten würde, welches es zulasse, ohne riesige Steuererhöhungen durchzukommen.

Bezüglich des Fonds für das Alter begreife er nicht ganz, warum man diesen nicht ganz schlachten könne. Schliesslich sei ja mit der Renovation des Pflegeheimes ein entsprechender Betrag ausgegeben worden. Für solche Zwecke sei dieser Fonds ursprünglich geüfnet worden. Aber durch die Tatsache, dass man an den Fonds gar nicht denke, wenn man ein solch grosses Projekt habe, sei es folgerichtig, diesen aufzulösen. Wenn man sich nicht traue, den Fonds vollständig aufzuheben, „à la bonheur“; seiner Meinung nach könnte man jedoch „ganz abfahren mit diesem Zeugs“.

Detailberatung Investitionsplan

570 Altersheim (Soziale Wohlfahrt)

Andreas Aebi erkundigt sich namens der SP-Fraktion ob es denkbar wäre, das Dotationskapital Alters- und Pflegeheim aus dem Fonds für das Alter zu speisen?

Gemäss dem neuen Rechnungsmodell des Kantons sei ein Dotationskapital (quasi das Pendant zur Aktienkapitalbeteiligung) in der Investitionsrechnung zu verbuchen, erklärt Hans-Rudolf Saxer. Das Dotationskapital sei gewissermassen ein Wertpapier, welches im Bestand erhalten bleiben sollte und deshalb in der Investitionsrechnung vorgesehen sei.

Detailberatung Voranschlag

995.469.10 Neutrale Aufwendungen und Erträge

Beschluss

Der Antrag der SP-Fraktion (Fonds CHF 500'000.00, Ertrag in laufender Rechnung CHF 8'700'000.00) wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Als GPK-Sprecher verzichtet Andreas Aebi auf das Schlusswort.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, dass der Gemeinderat an seinem Antrag für eine Steueranlage von 0,99 festhalte.

Bezüglich der in diesem Zusammenhang gefallenen Worte wie „Täuschung oder Beschönigung“ müsse und wolle er klar stellen, dass die Botschaft sehr transparent sei. Der Gemeinderat habe in aller Klarheit und Transparenz festgehalten, dass eine Steuererhöhung nächstes Jahr diskutiert werden müsse, sollten sich die Eckwerte der Ertrags- und/oder Aufwandseite nicht ändern. Es werde nichts versteckt, sondern alles offen gelegt. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass es sehr schwierig wäre, bei einem Ertragsüberschuss von rund 6 Mio. CHF der Stimmbürgerin / dem Stimmbürger eine Steuererhöhung „schmackhaft“ zu machen. Dies unabhängig davon, ob nun ein Wahljahr sei oder nicht, davon lasse sich der Gemeinderat nicht leiten. Auch sei der Steuerfuss für den Gemeinderat keine heilige Kuh. Dafür sei dem Gemeinderat der Grundsatz heilig, dass man nur so viel Steuern einnehmen wolle wie nötig und er bereit sei, Jahr für Jahr die

Situation neu zu beurteilen. Dies habe der Gemeinderat in der Botschaft in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Darum bitte er namens des Gemeinderates, die Steueranlage von 0,99 entsprechend zu sanktionieren.

Weiter halte der Gemeinderat auch am Antrag der Erhöhung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe fest. Im Feuerwehrreglement sei in Artikel 4 ganz klar festgehalten, dass alle CH-BürgerInnen, welche in der Gemeinde wohnhaft seien, zwischen dem 19. und 52. Altersjahr feuerwehropflichtig seien. Diese Pflicht könne auf zwei Arten erfüllt werden, entweder man leiste Feuerwehr oder zahle Ersatzabgaben. Die Altersgrenze sei im kantonalen Gesetz so vorgesehen und aus medizinischen / physischen Gründen nachvollziehbar. Dass diese Alterskategorie einen Sondereffort leiste, sei nicht zu beanstanden. Es bestehe die Möglichkeit sich für den aktiven Feuerwehrdienst zu melden, wenn man (bzw. Frau) keine Ersatzabgaben zahlen wolle. Der Kommandant der Feuerwehr wäre bestimmt froh, wenn er noch Unterstützung bekäme. Der Gemeinderat sei der Ansicht, dass es durchaus eine valable Variante sei, die Feuerwehrausgaben via Feuerwehrersatzabgaben zu finanzieren.

Auf Antrag von Andreas Aebi (SP) erfolgt ein kurzer Sitzungsunterbruch.

Barbara Stalder Ritschard erklärt, dass sich die SP-Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag des Forums für eine Steuererhöhung anschliesse. Sie habe das Gefühl, man müsse ein Zeichen setzen, da die Verschuldung stetig ansteige. Auch bei den vorliegenden Zahlen würde sie sich einer Steuererhöhung nicht widersetzen.

Anwesend sind 37 Ratsmitglieder.

Beschluss

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2004 – 2009 wird einstimmig genehmigt.
2. Vom Finanzplan 2004 - 2009 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden insgesamt maximal 2,5 % zur Verfügung gestellt (einstimmig).
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2005 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt:
 - Mit 24 (Antrag GR) zu 12 Stimmen (Antrag Forum) und 1 Enthaltung wird die ordentliche Gemeindesteuer auf den 0.99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze festgelegt;
 - Liegenschaftssteuer 0,50‰ des amtlichen Wertes (einstimmig);
 - Mit 26 (Antrag GR) zu 11 Stimmen (Antrag SP) wird die Feuerwehrpflichtersatzabgabe auf 3 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00 festgelegt;
 - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00 (einstimmig).

4 a) Motion Grütter (SVP) betr. Aufhebung "Fonds für das Alter" (Konto 2033.06)

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung und die gleichzeitige Abschreibung des Vorstosses.

Das Wort wird vom gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Urs Grütter (SVP) dankt dem Gemeinderat für das Vollziehen dieser überfälligen Bereinigung auf der Passivseite der Bilanz. Es handle sich ja effektiv nur darum, dass man im Eigenkapital eine Reserve ausgeschieden habe und die diesbezügliche Auflösung nun überfällig gewesen sei. Der Zeitpunkt sei eigentlich ideal, somit könne man sagen, man habe mit dem Fonds das Pflegeheim saniert und dadurch sei der Fonds nun aufgelöst. Dass dieser nicht weiter geäufnet werden solle, dürfte auch klar sein. Es gehe nicht an, dass ordentliche Steuererträge aus der Rechnung in einen Fonds übertragen würden. Dies sei ein Relikt aus den früheren Jahren, wo man für jedes Bedürfnis ein Kässeli geäufnet habe.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Die Motion Grütter (SVP) betreffend Aufhebung „Fonds für das Alter“ (Konto 2033.06) wird überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

4 b) Motion Aebi Florian / Stalder Ritschard (SP) betr. Änderung des Fonds für das Alter

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Vorstosses als Postulat und die gleichzeitige Abschreibung.

Das Wort wird vom gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Florian Aebi (SP) erklärt sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat und der gleichzeitigen Abschreibung einverstanden.

Lee Streit (Forum) führt aus, eigentlich hätte sie einen Formfehler gemacht und die Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste beantragen müssen. Sie hätte gerne etwas zu den 500'000 statt 200'000 Franken gesagt, dies sei aber im Voranschlag nicht mehr möglich gewesen. Sie wisse, dass sie nichts mehr bewirke, möchte aber trotzdem noch folgendes – wenn sie dürfe – dazu sagen: „*Je stärker die Älteren an den Aufgaben von morgen mitwirken, desto besser geht es den Jungen, wenn sie selbst Senioren werden*“. Diesen Spruch hätte sie über ihr Plädoyer für den Antrag, aus dem Fonds für das Alter CHF 500'000.00 nicht aufzulösen, stellen wollen. Dies sei nun nicht mehr möglich, sie möchte ihren Antrag aber noch begründen.

Als der Fonds errichtet worden sei, sei für viele alte Menschen der letzte Lebensabschnitt materiell nicht abgesichert gewesen. Seine Äufnung sei als Sozialwert gedacht gewesen. Dass er in der heutigen Form ausgedient habe, sei ihr klar.

Definiere man heute „Alter“, bestehe der Unterschied von alten Menschen zu anderen Erwachsenen, dass sie eine Rente erhalten, nicht mehr einer bezahlten

Arbeit nachgehen müssten und sich folglich mit den Lebensaufgaben dieser Lebensphase auseinandersetzen könnten. Dementsprechend könnte gefolgert werden, dass es keine zusätzliche materielle Zuwendung mehr brauche. Manche würden so denken, auch Herr Grütter habe gesagt „dieses Zeugs brauche es nicht mehr“. Die Gemeinde Muri sei tatsächlich in gewissen Altersbereichen in einer feudalen Lage, sozusagen eine Vorzeigegemeinde, was das Alterswohneheim, das Altersheim, das neu sanierte Pflegeheim betreffe. Man habe weiter einen gut funktionierenden Spitex-Dienst, seit diesem Jahr die Seniorenresidenz Multengut und den Lidopark, welche komfortable Alterswohnungen anbieten würden, was brauche es denn noch mehr?

Was fehle, sei günstiger Wohnraum im Alter mit einem minimalen Dienstleistungsangebot, so wie er eigentlich im Moos geplant gewesen wäre, aus finanziellen Gründen aber nicht verwirklicht worden sei.

Ein weiteres, ganz grosses Bedürfnis bestehe nach einem Rufbus, analog dem Fahrdienst des Frauenvereins. Damit bliebe den Bewohnerinnen und Bewohnern der Quartiere, welche nicht durch öffentliche Verkehrsmittel erschlossen seien, ihre Mobilität erhalten. Dies würde eine Teilnahme am sozio-kulturellen Leben ermöglichen und vor Vereinsamung schützen.

Nach Angaben des Bundesamtes für Statistik würde im Jahr 2035 der Anteil der über 65-jährigen einen Höhepunkt von 24% erreichen. Wäre es da nicht sinnvoll, schon jetzt die Partizipation der älteren Bevölkerung in Altersfragen – in Form eines Seniorenrates, wie er andernorts bereits existiere – zu initiieren?

Ein Verzicht auf das Wissen und die Erfahrung der älteren Generation würde einen Verlust an ideellen Werten für die ganze Gesellschaft bedeuten. Dies sage sie nun nicht, weil sie eine alte Frau sei, sie meine es allgemein! Aber dies alles sei nicht gratis zu haben. Deshalb hätte sie vorgeschlagen, im Sinne eines finanziellen Rückhaltes für die genannten und ähnlichen Projekte, welche nicht dem Lastenausgleich unterliegen würden, CHF 500'000.00 aus dem Fonds für das Alter nicht aufzulösen.

Sie danke aber trotzdem für die 200'000.00 Franken. Es lasse sich auch damit etwas machen, auch wenn es ein Almosen sei.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Der Vorstoss Aebi Florian / Stalder Ritschard (SP) betreffend Änderung des Fonds für das Alter wird als Postulat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

5 Motion Matyassy (FDP) betr. Kreisel Feldstrasse/Sonnenweg/Tannackerstrasse

Der Gemeinderat beantragt die Überweisung des Vorstosses als Postulat.

Ursula Gutmann erklärt, dem Antrag des Gemeinderates möchte sie nichts hinzufügen, dafür eine Ergänzung im Sinne einer Information machen. Der RBS werde mit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember 2004 grössere Busse (12 Meter lang) einsetzen müssen. Aus diesem Grunde müssten bis zu diesem Zeitpunkt – egal wie das Parlament heute entscheide – kleine Anpassungsarbeiten (Verkleinerung der Verkehrsinsel etc.) vorgenommen werden. Dies wie erwähnt nur zur Information, damit niemand erstaunt sei, wenn in den nächsten Wochen Arbeiten in diesem Bereich vorgenommen würden.

Johannes Matyassy (FDP) erklärt sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Beschluss (einstimmig)

Der Vorstoss Matyassy (FDP) betr. Kreisel Felstrasse/Sonnenweg/Tannackerstrasse wird als Postulat überwiesen.

6 Motion Stalder Ritschard (SP) betr. Lautsprecheranlage im Muribad

Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

Das Wort wird von der gemeinderätlichen Sprecherin, Kathrin Mangold, nicht verlangt.

Barbara Stalder Ritschard (SP) erklärt, sie sei mit der Antwort des Gemeinderates überhaupt nicht einverstanden und verlange weiterhin, dass eine Lautsprecheranlage eingebaut werde.

Wenn die Gemeinde ein Bad betreibe, müsse sie auch für die optimale Sicherheit sorgen, und dazu gehöre eine Lautsprecheranlage, sonst hätten nicht beinahe alle Bäder in der Region eine solche.

Die Argumente des Bademeisters würden ihr nicht einleuchten.

Sie nehme an, dass viele Badegäste gar nicht wüssten, dass es keine Lautsprecheranlage gäbe und könnten es daher auch nicht als Mangel empfinden.

Wenn zu Randzeiten kaum jemand im Bad sei, würde die Lautsprecheranlage auch kaum zum Einsatz kommen, Ruhe suchende Erwachsene bräuchten sie in der Regel nicht.

An einem warmen Sommertag suche jedoch kaum jemand im Muribad Ruhe, sonst sei er wohl am falschen Ort. Es komme durchaus vor, dass beispielsweise zwei Knaben einem Ball nachrennen und dabei über ein Badetuch springen würden, sich zwei Frauen laut über die Ferien in Spanien unterhalten, ein Mädchen schon von weitem schreie, dass es vom Sprungbrett gesprungen sei, ein kleines Kind „zetter mordio“ schreie, weil es noch nicht aus dem Wasser wolle und vom Restaurant her höre man per Megafon welches Essen fertig sei. In einer solchen Situation mache eine Durchsage per Lautsprecher „den Braten auch nicht mehr fett“.

Im Gegensatz zu einer Sprinkleranlage in einem öffentlichen Gebäude oder einem Airbag im Auto könne eine Lautsprecheranlage nicht nur bei absoluten Katastrophen eingesetzt werden, sie könne auch viele Leute beruhigen und damit zum Vertrauen in dieses Bad beitragen.

Es sei ihr persönlich lieber, man sage ihr in vier fünf Jahren, die Anlage wäre eigentlich nicht nötig gewesen, als dass man dann sagen müsste, wenn wir sie an diesem Tag nur gehabt hätten.

Kathrin Mangold, gemeinderätliche Sprecherin, hält fest, die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren nie eine Lautsprecheranlage verlangt worden sei und auch die vorhandenen Megafone für eine Durchsage nie gebraucht worden seien, deute darauf hin, dass wahrscheinlich kein allzu grosses Bedürfnis vorhanden sei.

Es sei im Übrigen geplant, das ganze Bad inkl. Sicherheit durch eine Arbeitsgruppe einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, der entsprechende Projektkredit sei im Investitionsplan enthalten. Sie bitte die Parlamentsmitglieder,

im Moment diese Motion abzulehnen. Komme man durch die Überprüfung zu einem anderen Schluss, würde dies im Rahmen der Umgestaltung / Sanierung des Bades berücksichtigt.

Andreas Aebi (SP) erachtet das Vorgehen des Gemeinderates als inkonsequent. Der Vorstoss sollte zumindest als Postulat erfolgen. Eine Abschreibung könnte nach Vorliegen des Sicherheitsaudits erfolgen.

Kathrin Mangold erklärt, der Gemeinderat halte am Antrag auf Ablehnung der Motion fest.

Andreas Aebi (SP) hält fest, dass es so nicht gehe! Wenn man beschliesse, keine Lautsprecheranlage zu installieren, brauche man auch kein Sicherheitsaudit durchzuführen, welche dieses impliziere. Man fälle hier einen Grundsatzentscheid. Er sei daher der Meinung, „für einen Ausweg aus der Situation“ sei eine Umwandlung in ein Postulat angebracht. Man wisse, was damit passe, diese würden schubladisiert und später einmal erneut thematisiert. Dieses Vorgehen könnte er unterstreichen. Fülle man nun einen negativen Grundsatzentscheid, sei dies in seinen Augen nicht dies, was der Gemeinderat jetzt machen wolle.

Kathrin Mangold erklärt, mit den im Investitionsplan beschlossenen CHF 50'000.00 gehe es nicht nur darum, die Sicherheit im Bad zu überprüfen. Es werde das ganze Bad einer Prüfung unterzogen (Bauten, Umgebungsgestaltung etc.). Der Sicherheitsaspekt sei nur ein Punkt davon.

Barbara Stalder Ritschard (SP) führt aus, sie habe nicht gewusst, dass diese Arbeiten anstünden und sie sei mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Sie halte aber an der Überweisung des Postulates fest, damit die Lautsprecheranlage auch in die anstehende Überprüfung einbezogen würde.

Auf Antrag des Gemeinderates erfolgt ein kurzer Sitzungsunterbruch.

Kathrin Mangold erklärt, dass der Gemeinderat auch das Postulat ablehne. Man habe den Vorstoss intensiv geprüft (Sportkommission, Badmeister, Gemeinderat). Das letzte Risiko könne, dort wo es um Personen gehe, nie ganz ausgeräumt werden. Die bestehenden Notrufsäulen und die vorhandenen Megafone würden die Sicherheit im Muribad sicherstellen und seien nach Ansicht des Gemeinderates genügend. Es sei auch so, dass Durchsagen wegen vermisser kleiner Kinder nicht viel helfen könnten, da dies die betroffenen Kinder in ihrer Verwirrung noch nicht verstehen würden bzw. darauf reagieren könnten. Eine Lautsprecheranlage könnte – wie bereits erwähnt – allenfalls im Zusammenhang mit der Überprüfung wieder ein Thema sein, dafür brauche es aber weder eine Motion noch ein Postulat. Es werde so oder so durch die Arbeitsgruppe geprüft, ob das Muribad dem Standard entspreche oder es, auch punkto Sicherheit, noch Anpassungen brauche.

Der Gemeinderat habe diesen Vorstoss gründlich geprüft und lehne deshalb im Moment auch das Postulat ab.

Barbara Stalder Ritschard (SP) hält fest, sie finde es wichtig, dass das Postulat überwiesen werde. Ansonsten könnte es sein, dass es plötzlich in der Arbeitsgruppe heisse, der Gemeinderat wolle nicht, dass eine Lautsprecheranlage eingebaut werde. Mit einem Postulat biete sie die Möglichkeit an, ihr Anliegen erneut zu überprüfen, dieses müsse aber nicht zwingend ausgeführt werden. Sie denke, dass zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr kommuniziert würde, man wolle nun doch eine Lautsprecheranlage installieren, sondern eher darauf ver-

zichtet würde, wenn der Vorstoss heute nicht überwiesen werde. Ihr sei die Sicherheit sehr wichtig.

Beschluss

Die Überweisung des Postulates Stalder Ritschard (SP) betr. Lautsprecheranlage im Muribad wird – mit 19 : 17 Stimmen und einer Enthaltung – abgelehnt.

7 Interpellation Gantner (FDP) / Lützelschwab-Sturzenegger (jf) betr. Handhabung der Kontaktpflege mit den Wirtschaftsunternehmen durch die Gemeindeverwaltung

Die Antwort liegt schriftlich vor.

Das Wort wird vom gemeinderätlichen Sprecher, Hans-Rudolf Saxer, nicht verlangt.

Urs Gantner (FDP) erklärt sich mit der Antwort zufrieden.

8 Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Beleuchtung Seidenberggässchen

Ursula Gutmann erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, Sicherheit sei ein grosses Thema. Unter diesem Aspekt habe sie dieses Geschäft, wie auch die einfache Anfrage Gantner/Lützelschwab betreffend Sicherheit (Geschäft Nr. 10), mit dem Postenchef der Kantonspolizei Muri besprochen. Was die Sicherheit in der Gemeinde anbelange, sei man, dank der engen Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei und dem zusätzlichen Leistungseinkauf, in der Lage, schnell auf besondere Vorkommnisse zu reagieren. Im Moment bestehe kein Grund, das Sicherheitskonzept – welches halbjährlich überprüft werde – anzupassen. Die Fragen von Herr Siegenthaler werde sie in umgekehrter Reihenfolge, also zuerst die Fragen zwei und drei und dann die erste Frage, beantworten.

- Ja – es bestünde ein Beleuchtungskonzept. Mit 1'100 Kandelabern in der Gemeinde Muri könne die öffentliche Beleuchtung als gut bis sehr gut bezeichnet werden – sowohl in den Quartieren, als auch auf den Erschliessungswegen und den Hauptstrassen.
- Der Standardausbau ergäbe sich aus den gesetzgeberischen Vorgaben und dem Kostenbewusstsein der Gemeinde Muri.
- Das Beleuchtungsnetz sei weitgehend abgeschlossen – heute würden einzig noch Lücken geschlossen und Verbesserungen vorgenommen.
- Der Kosten-Nutzen-Index (KNI) spiele auch hier eine Rolle. Kombiniert mit den Vorgaben aus dem Parlament, die Ausgaben zu priorisieren, würden Verbesserungen an der Beleuchtung nur noch gemeinsam mit anderen Arbeiten (Leitungersatz, Strassensanierungen etc.) vorgenommen.
- Im Jahr 2004 sei die Beleuchtung am Lindenweg, am Schubertweg und am Falkenweg verbessert worden.

Zu Frage 1, betreffend Seidenberggässchen:

- Dass das Seidenberggässchen entlang der Schlossmauer eine besondere Beleuchtung habe, gehe auf einen parlamentarischen Vorstoss zurück, den

Hüsistutz zu „möblieren/gestalten“. Der Perimeter sei eindeutig festgelegt und die Beleuchtung sei gemeinsam mit den umfangreichen Bauarbeiten am Hüsistutz realisiert worden.

- Tatsächlich verfüge das Seidenberggässchen über eine nicht sehr gute Beleuchtung – eine Ausleuchtung des Weges sei jedoch sichergestellt. Der Eindruck einer schwachen Ausleuchtung werde durch den Wechsel vom hellbeleuchteten, modernen, neuen Sternenplatz ins Seidenberggässchen verstärkt.
- In nächster Zeit seien am Seidenberggässchen weder Leitungs- noch Strassensanierungen vorgesehen, die Beleuchtung könne daher in nächster Zeit nicht verbessert werden.
- In diesem Frühsommer seien einzig – und darauf werde man auch in Zukunft achten – die Hecken an beiden Seiten des Gässchens massiv zurückgeschnitten worden, damit das Gässchen heller und übersichtlicher würde.

Urs Siegenthaler (FDP) erklärt, er sei mit diesen Erläuterungen nicht einverstanden, sie seien sehr oberflächlich. Zuerst danke er der Kantonspolizei, dies sei eine Frage, welche er nicht habe wissen wollen. Es werde ihm unterstellt, dass er die Anfrage aus emotionalen Gründen gestellt habe. Richtig sei, dass es sich u.a. um eine seiner Töchter gehandelt habe. Das Auflauern einer Person im Osterhasenkostüm sei jedoch schon x-mal vorgekommen, es sei nicht erfunden! Dies habe ihn schlussendlich zu dieser Interpellation veranlasst.

Das Seidenberggässchen sei eines der Hauptverbindungswege (Fussweg, Veloweg) und deshalb sei diese Antwort für ihn ungenügend. Er habe zur Kenntnis genommen, dass ein Beleuchtungskonzept bestehe, es gehe ihm aber nicht um die Ästhetik. Er danke für die Antwort, werde aber diese Problematik weiter verfolgen, da er von den Informationen nicht befriedigt sei.

9 Interpellation Loosli/Staub (SVP) betr. neue Linienführung des RBS-Bus Linie B im Melchenbühl

Ursula Gutmann hält fest, der Gemeinderat habe die Anregung aufgenommen und sie als erstes dem RBS zur Stellungnahme unterbreitet – die Antwort habe man am 23. September 2004 erhalten. Deshalb erfolge die Beantwortung der Interpellation mündlich.

Der RBS habe das Anliegen geprüft. Bei der vorgeschlagenen Route seien verschiedene Fragen und Probleme noch unbeantwortet. Die gewählten Strassen seien sehr eng – u.a. müssten Anpassungen vorgenommen werden.

Die Gemeinde werde nun, gemeinsam mit Quartierleuten und dem RBS, weitere Gespräche führen und prüfen, ob die von den Interpellanten vorgeschlagene, die bestehende oder eventuell eine andere Routenwahl die Beste sei. Eventuelle Änderungen könnten sowieso erst mit dem Fahrplanwechsel – also Winter 2005 ausgeführt werden – man habe also noch etwas Zeit.

Marc Loosli (SVP) erklärt sich mit der Antwort zufrieden.

10 Einfache Anfrage Gantner (FDP) / Lützelschwab (jf) betr. Sicherheit

Als gemeinderätliche Sprecherin verweist Ursula Gutmann auf das Geschäft Nr. 8, in welchem sie erwähnt habe, dass sie beide Vorstösse u.a. mit dem Postenchef der Kantonspolizei Muri, Herrn Beat Brönnimann, besprochen habe.

Auch hier beantworte sie zuerst die Fragen 2 und 3 und verweise diesbezüglich auf die Motion Staub betreffend „mehr Sicherheit für die Bevölkerung von Muri und Gümligen“. Diese sei an der GGR-Sitzung vom 18. November 2003 – also knapp vor einem Jahr – als erledigt abgeschrieben worden. Die Botschaft (inkl. Zwischenbericht vom November 2001) sei ausführlich und auch heute noch gültig. In der Annahme, dass die Parlamentsmitglieder noch über diese Unterlagen verfügten, habe der Gemeinderat auf eine schriftliche Antwort verzichtet. Wäre dem nicht so, könnten die Unterlagen selbstverständlich noch einmal bei der Gemeindeschreiberei angefordert werden.

Ein weiterer Aspekt punkto Sicherheit betreffe den Verkehr. Bei allen baulichen Massnahmen im öffentlichen Raum habe die Sicherheit einen hohen Stellenwert. Sie verzichte auf einen Rückblick in die Vergangenheit, weise dafür auf folgende zwei grosse Projekte hin, welche aus Sicht der Sicherheit besonders erwähnenswert seien:

- Realisierung der Tempo-Zonen 30 (Villette, Aebnit, Füllerich, Melchenbühl)
- Sanierung der Worbstrasse (offene Platzgestaltung, Mittelinsel, neues Trottoir, Beleuchtung)

Auch wichtig in diesem Zusammenhang sei die enge Zusammenarbeit mit den Schulleitern, um eine optimale Schulwegsicherung während den Bauarbeiten sicher zu stellen.

Diese Aufzählung sei nicht abschliessend.

Als letztes möchte sie auf eine Vortragsreihe zum Thema Sicherheit (Trilogie plus) hinweisen, welche im Laufe dieses Jahres durch die Gesundheitsförderung des Spitexvereins Muri-Gümligen durchgeführt worden sei. Die letzte Veranstaltung habe gestern Abend stattgefunden. Die Teilnehmerzahl sei leider, wie an allen Abenden, eher bescheiden gewesen. Es sei ein sehr spannender Vortrag gewesen und sie dürfe hier Herrn Beat Brönnimann (Leiter des Polizeipostens Muri) zitieren, der gesagt habe: „*Muri ist eine sichere Gemeinde*“.

Der Gemeinderat unternehme – in Zusammenarbeit mit seinen Partnern – alles, damit sich die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Muri sicher fühlen würden und auch sicher seien. Im Weiteren zähle der Gemeinderat bei seinen Bemühungen auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen.

Urs Gantner (FDP) dankt für die Auskünfte.

11

Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Graham (Forum) betreffend Spielplatz Dorfschulhaus

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Spielplatz des Dorfschulhauses baldmöglichst zu renovieren, damit er wieder ohne Gefahren von den Kindern gebraucht werden kann.

Begründung:

Spielplätze sind wichtige Begegnungsorte für viele Kinder, Jugend und Eltern. In Gümligen sind Spielplätze leider rar. Der einzige Spielplatz am Turbenweg wird im Moment als Abstellplatz für Baucontainer umgenutzt. Im Dorf gibt es nur noch eine Rutschbahn und eine Schaukel im Kindergarten Dorf. Ansonsten gibt es in Gümligen, oberhalb des Bahnhofes keinen einzigen öffentlichen Spielplatz. Der Spielplatz des Dorfschulhauses ist seit Jahren vernachlässigt, so dass bestimmte kaputte Geräte sogar gefährlich für die spielenden Kinder geworden sind

(kaputte Turnbarren und verrostete Geräte). Die Lehrerschaft hat sich auch schon über die unhygienischen Zustände des Sandes auf dem Spielplatz, welcher nur von Hunden und Katzen gebraucht wird, Sorgen gemacht. Wir sollen nicht mit dem Umbau zuwarten bis ein Unfall passiert.

Gümligen, 17. Oktober 2004

Marina Graham (Forum)

A. Aebi, S. Brüngger, U. Siegenthaler, P. Aeschimann, J. Beck, D. Schönenberger, E. Mallepell, R. Beyeler, U. Gantner, L. Streit, F. Aebi, Ch. Schnyder, R. Cadetg, R. Berger, P. Gubler, K. Heer, A. Stettler, V. Flück, R. Grubwinkler, F. Müller, J. Matyassy, A. Müller, M. Loosli, R. Meier, T. Roder, Ch. Staub, V. Bettler Sutter, H. Treier, U. K. Grütter, E. Bigler (31)

Einfache Anfrage Gubler (FDP) betreffend der Verkehrssituation bei der Seniorenresidenz Multengut

Wie gedenkt der Gemeinderat, die unbefriedigende Verkehrsführung am Mettlengässli zu verbessern?
Gedenkt der Gemeinderat am Mettlengässli markierte Parkfelder zu erstellen oder beidseits ein generelles Parkverbot zu erlassen?

Begründung:

Seit Beginn der Bauarbeiten und der Fertigstellung der Seniorenresidenz Multengut ist das Kreuzen von Fahrzeugen am Mettlengässli nicht mehr möglich. Auf der einen Seite der Strasse stehen parkierte Autos dicht aneinander, auf der andern Seite besteht bis zum Eingang der Seniorenresidenz ein Trottoir, danach beginnt das Feld. Wollen sich zwei Autos kreuzen, muss eines auf das Trottoir ausweichen, was die vor allem älteren Fussgänger stark gefährdet. Nach der Einfahrt der Seniorenresidenz bleibt nur noch die Fahrt durchs eben neu bepflanzte Feld. Da einige Autofahrer auch warten bis die Fahrt frei ist, stauen sich die Autos nicht selten bis zum Kreisel oder umgekehrt in die Einmündung der Elfenaustrasse. Bis zur Fertigstellung des Einkaufszentrums Multengut wird die unbefriedigende Verkehrssituation durch die zahlreichen Lastwagen, die zu/weg von der Baustelle fahren, noch verschärft.

Muri, 19. Oktober 2004

Patricia Gubler (FDP)

Auf die Frage des Vorsitzenden werden keine Einwände gegen das Verfahren erhoben.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Ch. Staub

N. Roth